



## Medienmitteilung

7. Februar 2013

# Unternehmensbesteuerung - dringende Reform

**economiesuisse und die CVCI diskutieren über ein aktuelles Thema**

2013 stehen zahlreiche politische Herausforderungen an. Die Wirtschaft wünscht sich vor allem einen Durchbruch im strategisch wichtigen Dossier der Unternehmensbesteuerung. Dies erklärten die CVCI (Waadtländer Industrie- und Handelskammer) und economiesuisse nach der Diskussion am vergangenen Donnerstag in Lausanne zu diesem Thema. Diskutiert wurde vor über hundert geladenen Gästen im Beisein der Waadtländer Staatsräte Pascal Broulis und Philippe Leuba.

Im internationalen Vergleich bleibt die Unternehmensbesteuerung in der Schweiz attraktiv. Der Wettbewerb um die Steuersätze halte aber trotz Wirtschafts- und Finanzkrise ungebrochen an, so der Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse Pascal Gentinetta. "Die Schweiz muss eine Steuerreform durchführen, die es ihr ermöglicht, gegenüber dynamischeren Ländern und gegen jeden Druck von aussen wettbewerbsfähig zu bleiben." Bei der Ausgestaltung der Reform ist darauf zu achten, dass man der Kritik aus dem Ausland möglichst wenig Angriffsfläche bietet. „Die Reform soll auch jenen Unternehmen Vorteile bringen, die heute keinen Sonderstatus geniessen“, erklärte der Präsident der CVCI Bernard Rüeger. Die beiden Wirtschaftsvertreter zeigten sich zuversichtlich, dass Bund und Kantone bereit sind, die Grundlagen für die Reform zu schaffen.

Anlässlich der Pressekonferenz vor der Diskussionsrunde äusserten sich Pascal Gentinetta und Bernard Rüeger zu einigen für die Wirtschaft dringenden Themen, wie der Abstimmung über die Minder-Initiative und ihrem linken Pendant, der Initiative "1:12 - für gerechte Löhne". Die Wirtschaftsvertreter hoffen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger diese extremen Vorlagen ablehnen. Sie untergraben das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft. Zudem wurde daran erinnert, dass zur ersten Initiative ein substanzieller Gegenvorschlag auf dem Tisch liegt. Die Revision des Raumplanungsgesetzes wurde vor allem deswegen mit Kritik bedacht, weil es den Föderalismus beeinträchtigt.

Schliesslich kritisierten die beiden Wirtschaftsvertreter die Energiestrategie 2050 des Bundesrats. Sie befürchten, dass die Schweiz in ein kostspieliges und für die produzierende Wirtschaft riskantes Abenteuer verwickelt wird. Ein Alleingang ohne entsprechendes Engagement der internationalen Staatengemeinschaft könnte ein böses Erwachen zur Folge haben.

Für Rückfragen:

economiesuisse, Pascal Gentinetta  
+41 22 737 41 31, 079 202 48 65  
pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

CVCI, Philippe Gumy, Leiter Kommunikation  
078 739 53 83  
philippe.gumy@cvci.ch